Zeitschrift: Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse

Herausgeber: Radgenossenschaft der Landstrasse ; Verein Scharotl

Band: 24 (1999)

Heft: 4

Rubrik: Pressespiegel Ausland

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Fluggesellschaft bestätigte Registrierung von Roma

Handelsblatt 20.10.1999

Tschechiens Fluggesellschaft CSA hat seit 1998 Reisedokumente von Angehörigen der Roma-Minderheit, die nach London flogen, mit dem Vermerk «g» für «gipsy» (Zigeuner) gekennzeichnet. Angeblich bestehe die Praxis nicht mehr, so die CSA. Aufgedeckt wurde dieses Vorgehen durch die liberale tschechische Wochenzeitung Respekt.

Die CSA-Spitze behauptet, die Kennzeichnung habe weder rassistischen Hintergrund, noch gebe es eine Parallele zur Kennzeichnung von Minderheiten durch die Nazis. Der Londoner CSA-Offizier habe darum gebeten. Angesichts einer wachsenden Zahl von Asyl-Anträgen tschechischer Roma in Grossbritannien habe er den Fluggästen unter anderem mitteilen wollen, wohin sie sich zwecks Einreise zu wenden hätten.

Spende für Sinti und Roma

sda ats 30.9.1999

Der diesjährige Literatur-Nobelpreisträger Günter Grass will einen Teil seines Preisgeldes in Höhe von umgerechnet rund 1,4 Millionen Franken spenden.

Das Geld solle der Grass-Stiftung für Sinti und Roma zugute kommen, sagte der Schriftsteller. Besorgt äusserte sich Grass insbesondere über das Schicksal der Sinti und Roma im Kosovo.

Roma-Koalition will politisch aktiv werden

Die Presse 14.9.1999

In der ostslowakischen Stadt Košice (Kaschau) schlossen sich 14 politische Parteien der Roma-Minderheit zu einer Koalition zusammen. Tibor Loran, einer der Initiatoren des Parteienbündnisses, erklärte, die Roma seien von Regierung und Opposition immer nur enttäuscht worden. Deshalb sei es zuletzt auch zur Auswanderung von Tausenden Roma nach Finnland, Belgien und in andere westliche Länder gekommen. Nun wolle die Minderheit ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen.

Ihr Wählerpotential schätzen die Roma-Politiker selbst auf etwa 300'000 Stimmen - das entspräche einem Anteil am landesweiten Stimmenkuchen von fast acht Prozent. Nach offiziellen Statistiken beträgt die Gesamtzahl der Zigeuner in der Slowakei zwar nur 250'000. Das liegt aber offenbar daran, dass sich viele Roma bei Volkszählungen lieber als Slowaken oder Ungarn deklarieren.

Bisher war es den slowakischen Roma nie gelungen, eigene Vertreter ins Parlament zu schicken, weil sich ihre Repräsentanten in eine Vielzahl von Kleinstparteien aufsplitterten. Laut Vincent Danihel, dem Regierungsbevollmächtigten für Roma-Angelegenheiten, existieren in der Slowakei 17 Roma-Parteien und über 70 Nichtregierungs-Organisationen für Roma, die zwar alle ähnliche Ziele verfolgen, sich aber vor allem wegen persönlicher Rivalitäten nie auf ein gemeinsames Vorgehen einigen konnten.

Roma fordern Mitsprache

Appell an die Bundesregierung: Der Zentralrat deutscher Sinti und Roma will an Entschädigungsgesprächen teilnehmen.

Süddeutsche Zeitung 26.10.1999

Der Zentralrat deutscher Sinti und Roma hat erneut an die Bundesregierung appelliert, in die Verhandlungen mit jüdischen Opfergruppen über die Entschädigungen für NS-Zwangsarbeiter einbezogen zu werden. Die Interessen der Sinti und Roma, die als Gruppe von den Nationalsozialisten ebenso systematisch verfolgt worden sei wie die Juden, müssten als Partner bei den Verhandlungen zugelassen werden, forderte Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats der Sinti und Roma, in Berlin nach einem Gespräch mit US-Botschafter John Kornblum. Der amerikanische Botschafter habe ihn eingeladen, erklärte Rose, nachdem er sich mehrmals vergeblich an die Bundesregierung gewandt habe. Kornblum habe ihn über den Stand der Verhandlungen informiert und Verständnis für die Forderung des Zentralrats gezeigt. Kornblum habe aber auch darauf verwiesen, dass die Verhandlungspartner übereingekommen seien, ihren Kreis nicht zu erweitern.

Berechtigte Forderungen

Rose wies darauf hin, dass der frühere Kanzleramtsminister Bodo Hornbach die Forderungen der Sinti und Roma einmal für berechtigt erklärt habe. Danach habe man aber nie wieder etwas vom Kanzleramt gehört, Briefe blieben unbeantwortet. Schon in der Vergangenheit seien die Sinti und Roma von Entschädigungsverhandlungen ausgeschlossen worden. Seitens der Industrie sei aber bekannt, dass sie gegen eine Einbeziehung der Sinti und Roma nichts einzuwenden habe. Der Zentralrat habe sich bereits 1987 mit Forderungen an die deutsche Industrie gewandt. Von den 1500 Sinti und Roma, die als Zwangsarbeiter sowohl bei grossen deutschen Industriefirmen als auch SS-Betrieben gearbeitet hätten, lebten in der Bundesrepublik heute noch 1100, sagte Rose.

«Wer jahrelang in verschiedenen Konzentrationslagern zur Zwangsarbeit gezwungen wurde, darf nicht mit einer solchen Summe abgespeist werden.»

Jahrelange Zwangsarbeit

Die vorgesehene Entschädigungssumme von sechs Milliarden Mark halte der Zentralrat der Sinti und Roma für unzureichend, erklärte deren Justitiar, Arnold Rossberg. Die einzelnen Ansprüche dürften nicht auf 10000 Mark pro Person beschränkt werden. Wer jahrelang in verschiedenen Konzentrationslagern zur Zwangsarbeit gezwungen worden sei, dürfe nicht mit einer solchen Summe abgespeist werden. Der Zentralrat hatte gegen die Ausgrenzung vor einem Verwaltungsgericht in Köln geklagt. Das Gericht aber hatte am 27. September die Klage zurückgewiesen. An Sammlklagen werde sich der Zentralrat der Sinti und Roma nicht beteiligen, auch wenn mittlerweile einige Sinti und Roma, die einmal Zwangsarbeiter waren, in den USA leben.